

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1998

Ausgegeben am 8. Oktober 1998

Teil III

160. Abkommen zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Italienischen Republik über die Übernahme von Personen an der Grenze

160.

ABKOMMEN

zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Italienischen Republik über die Übernahme von Personen an der Grenze

Die Bundesregierung der Republik Österreich und die Regierung der Italienischen Republik sind zum Zweck der Erleichterung der Übernahme von Personen an der Grenze zwischen den beiden Staaten wie folgt übereingekommen:

Abschnitt 1

Übernahme von Staatsangehörigen der Vertragsstaaten

Artikel 1

(1) Jede Vertragspartei übernimmt auf Ersuchen der anderen Vertragspartei ohne besondere Formalität auf ihr Gebiet alle Personen, welche nicht oder nicht mehr die auf dem Gebiet der ersuchenden Vertragspartei gültigen Bedingungen zur Einreise oder zum Aufenthalt erfüllen, sofern nachgewiesen wird oder angenommen werden kann, daß diese Personen die Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei besitzen.

(2) Der Besitz der Staatsangehörigkeit kann insbesondere mittels Staatsbürgerschaftsnachweis, Reisepaß oder einer Identitätskarte nachgewiesen bzw. angenommen werden, wobei diese Nachweise auch Dokumente einschließen, welche unrechtmäßig oder irrtümlich ausgestellt worden oder nicht mehr als zehn Jahre abgelaufen sind. Die Staatsangehörigkeit kann auch auf Grund anderer Informationen angenommen werden. Näheres wird in der Durchführungsvereinbarung gemäß Art. 14 festgelegt. Falls die Staatsangehörigkeit nicht mit Sicherheit festgestellt werden kann, wird die diplomatische Mission oder konsularische Vertretung der ersuchten Vertragspartei, deren Staatsangehörigkeit die Person vermutlich besitzt, den Sachverhalt unverzüglich klarstellen.

(3) Die ersuchende Vertragspartei nimmt unter den gleichen Bedingungen die Person zurück, falls nachfolgende Kontrollen ergeben, daß diese nicht die Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei zum Zeitpunkt ihrer Ausreise aus dem Gebiet der Vertragspartei besessen hat, unbeschadet einer allfälligen Übernahme im Sinne des Abschnitts 2 dieses Abkommens.

Abschnitt 2

Übernahme von Drittstaatsangehörigen

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei übernimmt auf Ersuchen der anderen Vertragspartei auf ihr Gebiet Drittstaatsangehörige, welche nicht oder nicht mehr die auf dem Gebiet der ersuchenden Vertragspartei gültigen Bedingungen zur Einreise oder zum Aufenthalt erfüllen, sofern nachgewiesen wird, daß diese Staatsangehörigen in das Gebiet dieser Vertragspartei eingereist sind, nachdem sie sich auf dem Gebiet der ersuchten Vertragspartei aufgehalten haben oder durch jenes durchgereist sind.

(2) Die Beweismittel im Sinne des Abs. 1 werden in der Durchführungsvereinbarung festgelegt.

(3) Jede Vertragspartei übernimmt auf Ersuchen der anderen Vertragspartei auf ihr Gebiet Drittstaatsangehörige, welche nicht oder nicht mehr die auf dem Gebiet der ersuchenden Vertragspartei

gültigen Bedingungen zur Einreise oder zum Aufenthalt erfüllen, wenn diese Staatsangehörigen über einen Sichtvermerk oder über eine Aufenthaltsgenehmigung verfügen, die von der ersuchten Vertragspartei erteilt worden und noch gültig ist.

Artikel 3

Die Verpflichtung zur Übernahme gemäß Art. 2 besteht nicht für:

- a) Staatsangehörige dritter Staaten, die eine gemeinsame Grenze mit der ersuchenden Vertragspartei haben;
- b) Drittstaatsangehörige, denen nach dem Verlassen des Gebiets der ersuchten Vertragspartei oder nach der Einreise in das Gebiet der ersuchenden Vertragspartei von letzterer ein Sichtvermerk oder eine Aufenthaltsgenehmigung erteilt worden ist;
- c) Drittstaatsangehörige, die sich seit mehr als sechs Monaten auf dem Gebiet der ersuchenden Vertragspartei aufhalten;
- d) Drittstaatsangehörige, denen die ersuchende Vertragspartei entweder den Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge ¹⁾, abgeändert durch das Protokoll von New York vom 31. Jänner 1967 ²⁾, oder den Status von Staatenlosen gemäß der Konvention von New York vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung von Staatenlosen zuerkannt hat;
- e) Drittstaatsangehörige, die aus Gründen der Staatssicherheit oder wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer organisierten kriminellen Verbindung oder wegen ihrer Mitgliedschaft zu einer terroristischen Vereinigung von der ersuchten Vertragspartei in ihr Herkunftsland abgeschoben worden sind;
- f) Drittstaatsangehörige, die im ersuchenden Staat einen Asylantrag gestellt haben, für dessen Prüfung dieser zuständig ist, bis zur rechtskräftigen Entscheidung.

Artikel 4

Die ersuchende Vertragspartei übernimmt auf ihr Gebiet Drittstaatsangehörige, die nach den Ermittlungen der anderen Vertragspartei nach der Übernahme nicht die in den Artikeln 2 und 3 angeführten Bedingungen zum Zeitpunkt der Ausreise aus dem Gebiet der ersuchenden Vertragspartei erfüllen.

Abschnitt 3

Übernahmeverfahren

Artikel 5

(1) Bei Anträgen auf Übernahme gemäß Abschnitt 2 treten die Innenministerien der beiden Vertragsparteien in direkten Kontakt.

(2) Der Übernahmsantrag muß die Angaben zur Identität, zu den eventuell im Besitz des Drittstaatsangehörigen befindlichen persönlichen Dokumenten, zum Aufenthalt im Gebiet der ersuchten Vertragspartei und zu den Umständen einer unrechtmäßigen Einreise in das Gebiet der ersuchenden Vertragspartei enthalten. Diese Angaben müssen ausreichen, um das Vorliegen der Voraussetzungen nach Art. 2 Abs. 1 feststellen zu können.

(3) Die ersuchte Vertragspartei muß der ersuchenden Vertragspartei grundsätzlich innerhalb von acht Tagen schriftlich ihre Entscheidung mitteilen. Die Ermächtigung zur Übernahme ist einen Monat ab dem Datum der Zustellung gültig. Falls der Betroffene den Justizbehörden des ersuchenden Staates zur Verfügung stehen soll, setzen die Innenministerien einvernehmlich eine Verlängerung dieses Zeitraumes fest.

Artikel 6

(1) Die zuständigen Behörden des ersuchten Staates übernehmen auf Ersuchen der zuständigen Behörden des ersuchenden Staates formlos auf ihr Gebiet Drittstaatsangehörige, die nicht rechtmäßig aus dem Gebiet des ersuchten in das des ersuchenden Staates eingereist sind und die ihnen innerhalb von 24 Stunden nach der Einreise übergeben werden. Wird die formlose Übernahme abgelehnt, so kann die Übernahme nach Art. 5 beantragt werden.

(2) Die ersuchende Vertragspartei nimmt Drittstaatsangehörige auf ihr Gebiet zurück, die entsprechend den nach der Übernahme durchgeführten Ermittlungen der anderen Vertragspartei rechtmäßig

¹⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 55/1955

²⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 78/1974

über die gemeinsame Grenze aus dem Gebiet der ersuchten in das der ersuchenden Vertragspartei eingereist sind.

Artikel 7

Die Kosten des Transports der Person, um deren Übernahme ersucht wird, bis zur Grenze der ersuchten Vertragspartei gehen zu Lasten der ersuchenden Vertragspartei. Falls erforderlich, übernimmt die ersuchende Vertragspartei die Kosten des Rücktransports.

Abschnitt 4

Durchbeförderung

Artikel 8

(1) Jede Vertragspartei gestattet auf Ersuchen der anderen Vertragspartei die Durchbeförderung von Drittstaatsangehörigen, die vom ersuchenden Staat abgeschoben werden. Die Durchbeförderung kann auf dem Land- oder Luftweg erfolgen.

(2) Die ersuchende Vertragspartei ist für den Ablauf der Reise des Drittstaatsangehörigen in den Bestimmungsstaat verantwortlich und nimmt diesen zurück, falls die Durchbeförderungen, aus welchen Gründen auch immer, nicht vollzogen werden kann.

(3) Die ersuchende Vertragspartei garantiert der ersuchten Vertragspartei, daß der Drittstaatsangehörige, für den die Durchbeförderung genehmigt werden soll, das Recht zur Reise in den Bestimmungsstaat hat.

Artikel 9

(1) Falls die Durchbeförderung auf dem Landweg erfolgt, stellt die ersuchte Vertragspartei die Begleitung der abzuschickenden Person durch eigenes Personal sicher.

(2) Falls die Durchbeförderung auf dem Luftweg und unter Begleitung durchgeführt wird, muß diese von der ersuchenden Vertragspartei beigestellt werden. Zur Überwachung der Zwischenlandung auf den Flughäfen der ersuchten Vertragspartei stellen deren Organe jede erforderliche Unterstützung sicher. Die Organe der ersuchenden Vertragspartei dürfen die internationalen Zonen der Flughäfen nicht verlassen.

(3) Die Vertragsparteien werden die Modalitäten der Begleitung entsprechend den Regelungen der Durchführungsvereinbarung festsetzen.

Artikel 10

(1) Der Durchbeförderungsantrag wird auf direktem Weg zwischen den Innenministerien der Vertragsparteien übermittelt.

(2) Der Antrag hat die Informationen über die Identität und die Staatsangehörigkeit des Drittstaatsangehörigen, das Datum der Einreise, die Uhrzeit und den Ort der Ankunft im ersuchten Vertragsstaat zu enthalten und im Fall der Durchbeförderung auf dem Luftweg auch die voraussichtliche Zeit der Abreise aus letzterem und Informationen hinsichtlich des Begleitpersonals. Der Antrag muß weiters die Erklärung enthalten, daß die Voraussetzungen gemäß Art. 8 Abs. 3 gegeben und keine Ablehnungsgründe gemäß Art. 11 bekannt sind.

(3) Lehnt die ersuchte Vertragspartei das Ersuchen wegen des Nichtvorliegens der Voraussetzungen ab, so teilt sie der ersuchenden Vertragspartei die Ablehnungsgründe mit.

Artikel 11

Die Durchbeförderung wird nicht beantragt und kann abgelehnt werden, wenn der Drittstaatsangehörige im Zielstaat oder in einem allfälligen weiteren Durchbeförderungsstaat Gefahr läuft, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe oder der Todesstrafe unterworfen zu werden, oder in seinem Leben oder seiner Freiheit aus Gründen seiner Rasse, seiner Religion, seiner Nationalität, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder seiner politischen Ansichten bedroht wäre. Die Durchbeförderung kann weiters abgelehnt werden, wenn der Drittstaatsangehörige im ersuchten Staat strafgerichtlich verfolgt werden müßte oder ihm im Zielstaat oder in einem allfälligen weiteren Durchbeförderungsstaat strafrechtliche Verfolgung droht.

Artikel 12

Die Kosten des Transports bis zur Grenze des Bestimmungsstaates sowie für einen eventuellen Rücktransport gehen zu Lasten der ersuchenden Vertragspartei.

Abschnitt 5**Schlußbestimmungen****Artikel 13**

Die Bestimmungen dieses Abkommens lassen die Verpflichtungen der Vertragsstaaten aus der Anwendung anderer internationaler Abkommen hinsichtlich der Übernahme oder Rückübernahme von fremden Staatsangehörigen unberührt.

Artikel 14

Die erforderlichen Bestimmungen zur Durchführung dieses Abkommens werden in einer gesonderten Vereinbarung festgelegt, insbesondere hinsichtlich:

- a) der Vorgangsweise bei der Verständigung und der zuständigen Stellen;
- b) der Modalitäten und Orte der Übernahme;
- c) der für die Übernahme erforderlichen Beweismittel und anderen Unterlagen;
- d) der Umstände, unter denen eine rechtswidrige Einreise anzunehmen ist;
- e) der Modalitäten der Durchbeförderung;
- f) den Kostenersatz;
- g) der Abhaltung von Expertengesprächen.

Artikel 15

Streitigkeiten, die aus der Anwendung und der Interpretation dieses Abkommens entstehen könnten, werden auf diplomatischem Weg beigelegt werden.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen tritt in Kraft mit dem ersten Tag des zweiten Monats nach der gegenseitigen Mitteilung auf diplomatischem Weg, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens tritt der Notenwechsel zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Italienischen Republik über die Übernahme von Personen an der Grenze ³⁾ vom 22. April 1963 außer Kraft.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Es kann auf diplomatischem Weg schriftlich gekündigt werden. In diesem Fall tritt das Abkommen am ersten Tag des sechsten Monats nach Einlangen der Kündigung außer Kraft.

GESCHEHEN zu Wien, am 7. Oktober 1997 in zwei Urschriften in deutscher und italienischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Bundesregierung der Republik Österreich:

Karl Schlögl m. p.

Für die Regierung der Italienischen Republik:

Piero Fassino m. p.

ACCORDO**tra il Governo Federale della Repubblica d'Austria e il Governo della Repubblica Italiana
sulla riammissione delle persone alla frontiera**

Il Governo Federale della Repubblica d'Austria ed il Governo della Repubblica Italiana, al fine di facilitare la riammissione delle persone alla frontiera tra i due Paesi, hanno convenuto quanto segue:

Titolo I**Riammissione dei cittadini delle parti contraenti****Articolo 1**

1. Ciascuna Parte Contraente riammette nel proprio territorio, a richiesta dell'altra Parte Contraente e senza formalità, tutte le persone che non soddisfano o non soddisfano più le condizioni d'ingresso e di

³⁾ Kundgemacht in BGBl. Nr. 111/1963

soggiorno vigenti nel territorio della Parte Contraente richiedente, nella misura in cui sia stato stabilito o possa presumersi che le stesse posseggano la cittadinanza della Parte Contraente richiesta.

2. Il possesso della cittadinanza può in particolare essere stabilito o presunto sulla base di un certificato di cittadinanza, di un passaporto o di una carta d'identità, comprendendo in tale documentazione anche i documenti irregolarmente o erroneamente rilasciati o scaduti da non più di 10 anni. La cittadinanza può essere presunta anche in base ad altre informazioni. Ulteriori elementi verranno stabiliti nell'Intesa esecutiva di cui all'art. 14. Se la cittadinanza non può essere stabilita con certezza, la Rappresentanza diplomatica o consolare della Parte Contraente richiesta, cui si presume appartenga la persona in questione, chiarirà il caso senza indugi.

3. La Parte Contraente richiedente riammette alle stesse condizioni la persona, se controlli successivi dimostrano che non possedeva la cittadinanza della Parte Contraente richiesta al momento della sua uscita dal territorio della Parte Contraente, salvo l'eventuale riammissione ai sensi del Titolo II del presente Accordo.

Titolo II

Riammissione di cittadini di stati terzi

Articolo 2

1. Ciascuna Parte Contraente riammette nel proprio territorio, a richiesta dell'altra Parte Contraente, i cittadini di uno Stato terzo che non soddisfano o non soddisfano più le condizioni d'ingresso o di soggiorno vigenti nel territorio della Parte Contraente richiedente, nella misura in cui viene comprovato che tali cittadini sono entrati sul territorio di questa Parte dopo aver soggiornato o essere transitati attraverso il territorio della Parte Contraente richiesta.

2. I mezzi di prova ai sensi del comma I verranno stabiliti nell'Intesa esecutiva.

3. Ciascuna Parte Contraente riammette nel proprio territorio, su richiesta dell'altra Parte Contraente, i cittadini di uno Stato terzo che non soddisfano o non soddisfano più le condizioni d'ingresso o di soggiorno vigenti nel territorio della Parte Contraente richiedente, allorché questi cittadini dispongono di un visto o di un titolo di soggiorno, rilasciato dalla Parte Contraente richiesta, in corso di validità.

Articolo 3

1. L'obbligo di riammissione previsto dall'art. 2 non sussiste per:

- a) i cittadini di Stati terzi che hanno una frontiera comune con la Parte Contraente richiedente;
- b) i cittadini di Stati terzi ai quali, dopo la partenza dal territorio della Parte Contraente richiesta o dopo l'ingresso sul territorio della Parte Contraente richiedente, è stato rilasciato da questa ultima Parte un visto o un titolo di soggiorno;
- c) i cittadini di Stati terzi che soggiornano da più di 6 mesi sul territorio della Parte Contraente richiedente;
- d) i cittadini di Stati terzi ai quali la Parte Contraente richiedente ha riconosciuto sia lo status di rifugiato in applicazione della Convenzione di Ginevra del 28 luglio 1951, relativa allo status dei rifugiati, così come emendata dal Protocollo di New York del 31. genn. 1967, sia lo status di apolide in applicazione della Convenzione di New York del 28. settem. 1954, relativa allo status degli apolidi;
- e) i cittadini di Stati terzi che, per motivi di sicurezza nazionale ovvero perché appartenenti ad associazioni criminali organizzate o per la loro appartenenza ad un'associazione terroristica, sono stati espulsi dalla Parte Contraente richiesta verso lo Stato di provenienza.
- f) i cittadini di Stati terzi che hanno presentato una domanda di asilo nello Stato richiedente, che risulta essere competente per l'esame della domanda stessa, fino alla decisione definitiva.

Articolo 4

La Parte Contraente richiedente riammette nel proprio territorio i cittadini di Stati terzi che, dopo accertamenti posteriori alla riammissione effettuati dall'altra Parte Contraente, non soddisfano le condizioni fissate agli articoli 2 e 3 al momento dell'uscita dal territorio della Parte Contraente richiedente.

Titolo III

Procedure di riammissione

Articolo 5

1. Le domande di riammissione presentate in applicazione del Titolo 2 sono oggetto di comunicazione diretta tra i Ministeri dell'Interno delle due Parti Contraenti.

2. La domanda di riammissione dovrà specificare i dati relativi all'identità, ai documenti personali eventualmente in possesso del cittadino dello Stato terzo, al suo soggiorno nel territorio della Parte richiesta e alle circostanze del suo ingresso irregolare nel territorio della Parte richiedente. Tali dati dovranno essere adeguati per accertare l'esistenza delle condizioni di cui all'art. 2 comma I.

3. La Parte richiesta deve comunicare per iscritto la propria decisione alla Parte richiedente, in linea di massima entro otto giorni. L'autorizzazione di riammissione ha la validità di un mese dalla data della sua notifica. Qualora l'interessato debba rimanere a disposizione dell'Autorità giudiziaria dello Stato richiedente, i Ministeri dell'Interno stabiliranno di comune accordo una proroga di detto termine.

Articolo 6

1. Le Autorità competenti dello Stato richiesto riammettono nel proprio territorio, su domanda delle competenti Autorità dello Stato richiedente e senza formalità, i cittadini di Stati terzi che, provenendo dal territorio dello Stato richiesto, siano entrati irregolarmente nel territorio dello Stato richiedente e che siano loro consegnati entro 24 ore dopo tale ingresso. Qualora la riammissione senza formalità venga rifiutata, può essere richiesta la riammissione in base all'art. 5.

2. La Parte Contraente richiedente riammette nel proprio territorio i cittadini di Stati terzi che, dopo accertamenti posteriori alla riammissione effettuati dall'altra Parte Contraente, risultano essere entrati regolarmente nel territorio della Parte Contraente richiedente, attraverso la frontiera comune, provenendo dal territorio della Parte Contraente richiesta.

Articolo 7

Sono a carico della Parte Contraente richiedente le spese di trasporto fino alla frontiera della Parte Contraente richiesta della persona di cui è domandata la riammissione. Qualora necessario, la Parte Contraente richiedente si assume le spese del ritorno.

Titolo IV

Ammissione in transito

Articolo 8

1. Ciascuna delle Parti Contraenti permette, su richiesta dell'altra Parte Contraente, il transito dei cittadini di Stati terzi che sono stati allontanati dallo Stato richiedente. Il transito può avvenire per via terrestre o per via aerea.

2. La Parte Contraente richiedente assume la responsabilità del viaggio del cittadino dello Stato terzo verso lo Stato di destinazione e riammette tale cittadino qualora il transito non possa essere effettuato per qualsiasi motivo.

3. La Parte Contraente richiedente garantisce alla Parte Contraente richiesta che il cittadino dello Stato terzo, il cui transito deve essere approvato, ha diritto a recarsi nello Stato di destinazione.

Articolo 9

1. Se il transito avviene per via terrestre, la Parte Contraente richiesta assicura l'accompagnamento della persona da trasferire con il proprio personale.

2. Se il transito avviene per via aerea e con accompagnamento, questo è assicurato dalla Parte Contraente richiedente. Per la vigilanza durante gli scali negli aeroporti della Parte Contraente richiesta, gli organi di questa ultima assicurano l'assistenza necessaria. Gli organi dello Stato richiedente non possono abbandonare la zona internazionale degli aeroporti.

3. Le Parti Contraenti stabiliranno le modalità dell'accompagnamento in conformità con le regole dell'Intesa esecutiva.

Articolo 10

1. La domanda di transito è effettuata direttamente tra i Ministeri dell'Interno delle Parti Contraenti.

2. La domanda contiene le informazioni sulla identità e la cittadinanza del cittadino dello Stato terzo, la data d'ingresso, l'ora e il luogo di arrivo nello Stato richiesto, ed in caso di transito aereo, il momento in cui è prevista la partenza dal territorio dello Stato di transito e informazioni sul personale di accompagnamento. La domanda deve inoltre contenere la dichiarazione che si verificano le condizioni di cui all'art. 8, comma 3 e che non sono noti motivi di rifiuto ai sensi dell'art. 11.

3. Qualora la Parte Contraente richiesta rifiuta la domanda per insussistenza dei suoi presupposti, i motivi del rifiuto sono comunicati alla Parte Contraente richiedente.

Articolo 11

Il transito non è richiesto e può essere rifiutato, qualora il cittadino di uno Stato terzo, nello Stato di destinazione o in un altro Stato ove possa essere ulteriormente trasferito, corra il pericolo di subire trattamenti o pene inumani o degradanti o la pena di morte, oppure la sua vita o la sua libertà possano essere messe in pericolo per motivi di razza, religione, nazionalità, appartenenza ad un determinato gruppo sociale o per le sue idee politiche. Il transito può essere altresì rifiutato nel caso in cui il cittadino di uno Stato terzo sia assoggettabile a procedimento penale nello Stato richiesto o sia soggetto a procedimento penale nello Stato di destinazione o in altro Stato ove possa essere ulteriormente trasferito.

Articolo 12

I costi del trasporto fino alla frontiera dello Stato di destinazione, nonché dell'eventuale trasporto di ritorno, sono a carico della Parte Contraente richiedente.

Titolo V

Disposizioni finali

Articolo 13

Le disposizioni del presente Accordo non pregiudicano gli obblighi delle Parti Contraenti derivanti dalla applicazione di altri Accordi internazionali relativi alla ammissione o alla riammissione di cittadini stranieri.

Articolo 14

Le disposizioni necessarie ai fini della esecuzione del presente Accordo saranno adottate mediante una specifica Intesa, in particolare per quanto riguarda:

- a) Le modalità delle comunicazioni e gli organi competenti;
- b) Le modalità e i luoghi della riammissione;
- c) I mezzi di prova e altri elementi necessari per la riammissione;
- d) La definizione delle circostanze in presenza delle quali deve ritenersi sussistere un ingresso illegale;
- e) Le modalità del transito;
- f) Il rimborso delle spese;
- g) Gli incontri tra esperti.

Articolo 15

Le controversie relative all'applicazione ed all'interpretazione del presente Accordo verranno risolte per via diplomatica.

Articolo 16

1. Il presente Accordo entrerà in vigore il primo giorno del secondo mese successivo alla notifica reciproca per via diplomatica dell'avvenuto espletamento delle procedure nazionali di approvazione.

2. Con l'entrata in vigore del presente Accordo cessa di essere in vigore lo Scambio di Note del 22 aprile 1963 tra il Governo della Repubblica Italiana e il Governo Federale della Repubblica d'Austria per l'accettazione di persone alla frontiera.

3. Il presente Accordo viene concluso per un periodo di tempo indeterminato. Potrà essere denunciato, per iscritto, per via diplomatica. In tal caso l'Accordo cessa di avere vigore il primo giorno del sesto mese successivo alla notifica della denuncia.

FIRMATO a Vienna il sette ottobre millenovecento-novantasette in due esemplari in lingua tedesca e italiana, entrambi facenti ugualmente fede.

Per il Governo Federale della Repubblica d'Austria:

Karl Schlögl m. p.

Per il Governo della Repubblica Italiana:

Piero Fassino m. p.

Die Mitteilungen gemäß Art. 16 Abs. 1 wurden am 26. Jänner bzw. am 27. Februar 1998 abgegeben; das Abkommen ist gemäß seinem Art. 16 Abs. 1 mit 1. April 1998 in Kraft getreten.

Klima